

Schwarzwälder Tageszeitung

Begründet 1877

Aus den Tannen

Fernsprecher Nr. 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold u. Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Verlegt wöchentlich 6mal. Bezugspreis: monatlich 1.60 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Keine Gesandtschaft. Die einspaltige Zeile oder deren Raum 16 Goldspennige, die Reklamezeile 46 Goldspennige. Postfachkonto Stuttgart Nr. 6780. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 296

Altensteig, Donnerstag den 17. Dezember

1925

Die große Koalition gescheitert?

Neue sozialdemokratische Forderungen zur Regierungs- bildung

Berlin, 16. Dez. Der Reichsminister a. D. Koch hat, wie wir aus demokratischen Kreisen hören, am Mittwoch nachmittags eine Ueberarbeitung seiner Richtlinien vorgenommen und die neue ergänzte Fassung den in Betracht kommenden Reichstagsfraktionen übermittelt. Am Donnerstag vormittag um 10 Uhr treten dann die Parteiführer erneut zusammen, um über die Beschlüsse ihrer Fraktionen zu berichten. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß die Entscheidung dann sehr rasch fallen wird. Jedenfalls ist nicht abzusehen, daß längere Verhandlungen zu führen, sondern es wird zu einer Entscheidung in dieser oder jener Richtung gedrängt werden.

Wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger von anderer Seite weiter hört, spielte bei der heutigen Besprechung der Parteiführer vor allem die Erwerbslosenfrage eine große Rolle, da von der Sozialdemokratie hier ganz bestimmte, sehr weitgehende Forderungen gestellt wurden. Jedenfalls erschienen die sozialdemokratischen Vertreter zu der Mittwochskonferenz mit neuen Forderungen, die über ihre bisher veröffentlichten Programmpunkte weit hinausgehen. Die Koch'schen Richtlinien kündigten in der Erwerbslosenfrage bereits erhebliche Fortschritte an. Den Sozialdemokraten waren diese Zusagen jedoch nicht ausreichend genug. Sie forderten eine genaue, bis ins einzelne gehende Regelung, die sofort vorgenommen werden sollte, u. a. auch die Unterstützung der Kurzarbeiter usw., während es praktisch unmöglich erscheint, diese schwerwiegenden Fragen ohne genügend Vorbereitung zu lösen.

Gescheitert?

Berlin, 17. Dez. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat, wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger erfährt, gestern in später Stunde einen Entschluß gefaßt, wonach sie in dem Ergebnis der geführten Verhandlungen keine geeignete Grundlage für die Bildung einer großen Koalition erblickt. Der Beschluß werde heute früh bei der auf 10 Uhr angeetzten Besprechung den Beteiligten mitgeteilt werden.

Zu dem sozialdemokratischen Fraktionsbeschlusse. Berlin, 17. Dez. Fast alle Blätter betonen, daß der gestrige Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion das Ende der Verhandlungen über die große Koalition bedeute und daß dem Abgeordneten Dr. Koch nichts anderes übrig bleibe, als sich zum Reichspräsidenten zu begeben, um ihm den erteilten Auftrag zurückzugeben.

Der Berliner „Lokalanzeiger“ bezeichnet es als nächstliegende Vermutung, daß der Reichspräsident nunmehr den bisherigen Reichkanzler Dr. Luther mit der Neubildung der Regierung beauftragen wird.

Die „Germania“ erklärt, daß für die weitere Entwicklung der Dinge diejenigen die Verantwortung tragen, die das Zustandekommen der großen Koalition verhindert und geglaubt hätten, sich durch die Flucht der Verantwortung entziehen zu können. Der Widerstand der Sozialdemokraten gegen die einzig mögliche Regierungsbildung sei ein Schlag gegen die Republik und das parlamentarische System. Die kommende Regierung werde entweder ein Kabinett mit rechtsgerichteter Einschlag sein — dann möge man sich bei den Sozialdemokraten bedanken — oder ein politisch weniger abgestempeltes Kabinett, das dann doch nur mit der stillschweigenden Hilfe der Sozialdemokraten regieren könne.

Auch die „Vossische Zeitung“ bedauert es, daß die Sozialdemokratie in einem entscheidenden Augenblick nicht den Mut gefunden habe, über Parteibedenken und Mißtrauen zu tun, was ein Gebot der Notwendigkeit und der staatspolitischen Klugheit gewesen wäre. Die Sozialdemokratie werde sich den Vorwurf nicht ersparen können, daß sie sich n. g. u. l. eingestellt habe, wo positives Handeln am Platze gewesen wäre.

Der „Vorwärts“, der in längeren Ausführungen die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion zu rechtfertigen sucht, insbesondere mit dem Hinweis darauf, daß die sozialdemokratischen Richtlinien für ein Regierungsprogramm nicht angenommen worden seien, teilt mit, daß es das Mißtrauen gegen die „rechte Flügelpartei“ gewesen sei, das zu dem Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion geführt habe. Das ehrliche Bemühen des demokratischen Parteiführers Koch, ein brauchbares Regierungsprogramm zu finden, habe allgemeine Anerkennung gefunden.

Ein Attentatsplan gegen Stresemann?

Berlin, 16. Dez. Wie die „Vossische Zeitung“ erfahren haben will, soll ein Attentatsplan gegen Dr. Stresemann aufgedeckt worden sein. Die beiden im Zusammenhang damit stehenden jungen Leute, die nach dem Blatt rechtsgerichteten Kreisen angehören, namens Kaldorff, der Sohn eines höheren Beamten, vorbestraft und 3. Jt. Arbeiter, und der Bürogehilfe Lorenz, der Sohn eines Oberstudienten, wurden verhaftet. Wie wir hierzu erfahren, war der Plan über die Vorbesprechung nicht hinausgeblieben.

Ueber den Attentatsplan gegen den Reichsaußenminister Dr. Stresemann wissen die Blätter noch mitzuteilen, daß die beiden Verhafteten, Kaldorff und Lorenz, in den Siemenswerken in Siemensstadt bei Berlin tätig waren. Kaldorff bezeichnete sich bei seiner Vernehmung als deutschvölkisch, Lorenz als deutschnational. Aufgedeckt wurde der Plan dadurch, daß ein Münchner Rechtsanwalt, der früher der völkischen Partei angehört hatte und an den sich die beiden Festgenommenen unter Mitteilung des Attentatsplans mit der Bitte um geldliche Unterstützung gewandt hatten, der Münchener Polizei darüber Anzeige erstattete. Diese wandte sich darauf an das Berliner Polizeipräsidium, das sofort Kaldorff und Lorenz verhaften ließ. Mehrere Blätter zufolge soll es sich bei beiden Verhafteten um geistig minderwertige handeln. Die Angelegenheit ist von der Polizei bereits an den Untersuchungsrichter weitergegeben worden.

Bayerische Politik

Eine Rede des Ministerpräsidenten Dr. Held

München, 16. Dez. Im bayerischen Landtag hielt Ministerpräsident Dr. Held im Rahmen der Etatsdebatte eine staatspolitische Rede, in der er u. a. erklärte, Deutschland habe ein Recht darauf, als Großmachtsstaat und als Kulturmachtsstaat angesehen zu werden und seine volle Entfaltungsmöglichkeit wieder zu erlangen. Es müsse Klarheit darüber geschaffen werden, was Deutschland leisten und was es nicht leisten kann. So habe er die Frage Locarno zu beurteilen versucht. Von allen Kritikern von Locarno habe auch nicht einer den Versuch gemacht, einen Weg anzudeuten, auf dem das Ziel Deutschlands besser zu erreichen sei. In Locarno sehe er eine Basis für die weltpolitische Entwicklung. Bei dem jetzt beginnenden Kampf dürfen wir nicht müde werden zu betonen, daß Deutschland sich absolut frei von der Schuld am Weltkrieg weise. Nach dem Vertrag von London und dem Sicherheitspakt von Locarno bestünde für die Franzosen keine innere Berechtigung mehr, am Rheine stehen zu bleiben. Die Pfalz und das Rheinland müßten frei werden. Zur Außenpolitik erklärte der Ministerpräsident u. a. nach, es werde Sache der deutschen Politik sein, dafür zu sorgen, daß wir ganz andere Rückwirkungen als bisher bekommen. Deutschlands Zukunft liege in einer Vereinigung zwischen Rußland und Deutschland.

Zur Innenpolitik betonte der Ministerpräsident u. a., das Reich habe sich in Gebiete eingedrängt, die die ureigenste Domäne der Länder seien. Leider mehrten sich auch die Ein- und Ueberariffe des Reiches auf das Kulturleben der Länder von Tag zu Tag. Gelingte es nicht, gegen diesen Zentralismus die Kräfte mobil zu machen, dann würden die Einzelstaaten in kurzer Zeit nichts anderes mehr sein als Provinzen. In seinen weiteren Ausführungen bezeichnete der Ministerpräsident die Revision der Weimarer Verfassung als eine Grundforderung. Der Reichstag habe alle Veranlassung, sich um die Sparjamkeit beim Reich zu kümmern, nicht nur um die Sparjamkeit der Einzelstaaten. Die Vereinfachung der Staatsverwaltung sei nicht möglich ohne die Revision der bayerischen Verfassung. Ein Staatspräsident sei notwendig. Der Ministerpräsident erklärte weiter, er habe von den Putschabsichten im Jahre 1924 nicht das geringste gehört. 1923 habe man lediglich den Hiltneraufstand erlebt und was vom Jahre 1925 gesagt werde, so habe er in diesen Geschichten nichts als den Niederschlag einer Gespensterverbreiung bayerischer Vaterlandretter.

Neues vom Tage

Kabinettsitzung über die Luftfahrfrage

Berlin, 16. Dez. Wie die Blätter erfahren, hat sich die heutige Kabinettsitzung mit den Richtlinien beschäftigt, die dem deutschen Vertreter zu der am 18. d. Mts. in Paris beginnenden Konferenz über die Luftfahrfrage mitgegeben werden sollen.

Der Reichsrat genehmigt die Beamtenbeihilfe

Berlin, 16. Dez. Der Reichsrat hielt am Mittwoch nachmittags unter Vorsitz des Staatssekretärs Zweigert eine

öffentliche Sitzung ab. Zunächst wurde nach einem kurzen Bericht des Ausschußberichterstatters dem Beschluß des Reichstages zugestimmt, wonach den Beamten der Gruppen 1—4 ein Viertel des Monatsgehalts, der Gruppen 5 und 6 ein Fünftel des Monatsgehalts mit einem Mindestsatz von 30 Mark für Unverheiratete, 40 Mark für Verheiratete, 5 Mark für jedes Kind, 10 Mark für Volkswaisen und den Kriegsbeschädigten ein Viertel der Dezemberbezüge vor Weihnachten als Notstandsmahnahme gezahlt werden sollen. Wie der Berichterstatter mitteilte, wird die Durchführung dieses Beschlusses für das Reich einen Aufwand von ungefähr 34 Millionen, für die Reichsbahn 23 Millionen und die Post 22 Millionen ausmachen. Für die Vertreter von Bayern, Württemberg, Hessen, Baden und Mecklenburg-Schwerin wurde auf deren Wunsch das Protokoll offengehalten. Der Vertreter von Thüringen erklärte, Thüringen stimme für die Anwendung an die Beamten, aber nur unter der Voraussetzung, daß das Reich den Ländern die dazu erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt. Dieser Erklärung schloß sich auch der braunschweigische Gesandte an.

Entscheidung in der Mossulfrage

Genf, 16. Dez. Wie die Schweizerische Depeschengentur erfährt, nahm der Völkerbundsrat in vertraulicher Sitzung die Antwort des britischen Kabinetts entgegen, durch die dieses sich formell verpflichtet, das Mandat über den Irak um weitere 25 Jahre zu verlängern und dem britischen Parlament eine entsprechende Vorlage zugehen zu lassen. Der Rat hat nach Entgegennahme dieser formellen Zustimmung die ihm übertragene Aufgabe, die Grenzen zwischen dem Irak und der Türkei festzusetzen, endgültig erfüllt und das Mossulgebiet dem Irak (England) zugesprochen. Das Inkrafttreten wird an die Bedingung geknüpft sein, daß Großbritannien sein Mandat um 25 Jahre verlängert. Ferner wird Großbritannien die Bedingung gestellt, mit der Türkei ein Zoll- und Handelsabkommen zu schließen, welches diese Macht in einem gewissen Umfange für den definitiven Verlust des an Petroleumquellen reichen Landes entschädigen soll.

Die Begründung der Völkerbundsentscheidung in der Mossulfrage

Genf, 17. Dez. Der Völkerbundsrat stützte seine Entscheidung über das Mossulgebiet vorwiegend auf die wirtschaftlichen Erwägungen der Untersuchungskommission, die in ihren Schlussfolgerungen für eine Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Einheit des Vilajets Mossul eingetreten war. Rechtlich geht die Begründung des Rats auf die Art. 3 und 16 des Vertrags von Lausanne zurück. In Art. 3 wird festgelegt, daß mangels Uebereinstimmung zwischen den beiden Parteien die Grenzfrage vor den Rat gebracht wird, und daß beide Parteien in Erwartung der Entscheidung über die Grenzfrage sich verpflichten, keinerlei militärische Veränderungen vorzunehmen. In Art. 16 erklärt die Türkei ihren Verzicht auf alle Rechte jeder Art über die Gebiete, die nach der Festlegung der endgültigen Grenze jenseits dieser Grenzen liegen. Der Rat wiederholt in seiner Entscheidung wörtlich die Schlussfolgerungen der 1. Jt. nach Mossul abgeordneten Untersuchungskommission, wonach es für die dortige Bevölkerung von Vorteil wäre, wenn das strittige Gebiet nicht geteilt werde. Der Rat übernimmt dabei auch die Einschränkung, die damals auch die Mossulkommission machte und die besagt: Wenn die Kontrolle des Völkerbunds etwa schon beim Ablauf des gegenwärtigen für 4 Jahre geltenden Vertrags zwischen England und dem Irak ein Ende nehmen sollte, so würde die Bevölkerung es sichtlich vorziehen, unter der türkischen Souveränität zu bleiben. Falls das Mandat vor 25 Jahren beendet würde, ist die Kommission überzeugt, daß sich sehr ernste politische Nachteile aus der Angliederung des Mossulgebiets an den Irak ergeben werden, weshalb es in diesem Falle vorteilhafter wäre, das Gebiet unter der Souveränität der Türkei zu belassen, deren innere und äußere politischen Verhältnisse unvergleichlich stabiler sind als die des Irak. — Wenn der Rat in seiner gestrigen Entscheidung diese Einschränkungen berücksichtigt, so sollten damit zweifellos die Bedenken beschwichtigt werden, die bei den einzelnen Ratsmitgliedern durch die Absicht der englischen Regierung entstanden waren, den Irak in verhältnismäßig naher Zukunft als Mitglied in den Völkerbund einzugliedern, wodurch die Bindung Englands als Mandatsmacht ohne weiteres gegenüber dem Völkerbund ein Ende nehmen würde.



Deutscher Reichstag

Berlin, 16. Dez.

Auf der Tagesordnung am Mittwoch stand die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Senkung der Lohnsteuer. Nach den Beschlüssen des Ausschusses wird u. a. die Einkommensteuer nicht festgesetzt, wenn die Einnahmen des Steuerpflichtigen weniger als 1200 Mark im Jahre betragen. Dieser steuerfreie Betrag erhöht sich für die Ehefrau und das erste Kind um je 100 Mark, für das zweite Kind um 180, das dritte um 300, das vierte um 540, für das fünfte und jedes folgende Kind um je 720 Mark im Jahr. Bei der eigentlichen Lohnsteuer bleiben nach der Regierungsvorlage vom Arbeitslohn steuerfrei jährlich 1200 Mark. Diesen steuerfreien Betrag hat der Ausschuss durch die Bestimmung erhöht, daß für die Ehefrau und für jedes minderjährige Kind außerdem 10 Prozent des Arbeitslohnes frei bleiben, der 1200 Mark jährlich übersteigt.

Staatssekretär Popitz vom Reichsfinanzministerium erklärt, die Regierung sei mit den Anträgen des Ausschusses einverstanden. Der Reichstag müsse freilich noch dazu Stellung nehmen. Das Auskommen aus der Lohnsteuer habe den Betrag überschritten, der bei Annahme der Steuerreform als Höchstbetrag bestimmt war. Darum bedeute der vorliegende Gesetzentwurf die Einlösung des den Lohnsteuerpflichtigen bei der Beratung der Steuerreform gegebenen Versprechens. Weitergehenden Anträgen könne die Regierung jedoch nicht zustimmen.

Abg. Höflein (Kom.) begründet Anträge seiner Fraktion, die den steuerfreien Betrag der Lohnsumme über den Ausschussantrag hinaus erhöhen wollen.

Abg. Dr. Gerde (Du.) erklärt, seine Freunde würden nach der Reaktionsverkürzung schmerzlichen Herzens darauf verzichten, dem weitergehenden Antrag der Linken zuzustimmen. Für die kinderreichen Familien müßte aber eine weitere Erleichterung ohne Erschütterung der Reichsfinanzen möglich sein. Die deutsch-nationale Fraktion beantrage darum, bei der Lohnsteuer über den Ausschussantrag hinaus den steuerfreien Betrag zu erhöhen.

Abg. Frau Mah (D. Pa.) wünscht ebenfalls größere steuerliche Erleichterungen für kinderreiche Familien. Die Steuerpolitik müsse im Einklang stehen mit einer gesunden Bevölkerungs-politik. Die Straferfolgung der Abtreibung müsse aufrechterhalten werden. Sie richte aber in einer Entschließung an die Reichsregierung das Ersuchen, in eine Nachprüfung einzutreten, in welcher Weise eine weitere Erhöhung der Abzüge für kinderreiche Familien durchgeführt werden kann.

Abg. Herr (So.) bezeichnet die Regierungsvorlage mit den Ausschlußbeschlüssen als eine nachträgliche Rechtfertigung der von den Sozialdemokraten bei der Steuerreform eingenommenen Haltung. Die damals abgelehnten sozialdemokratischen Anträge seien jetzt in der Ausschussvorlage verwirklicht. Was damals genügt, sei der jetzt nicht mehr ausreichend. Angesichts des großen Ertrages, den die Lohnsteuer im Verhältnis zu den übrigen Steuern bringe, müßten weitere Erleichterungen für die kinderreichen Familien verlangt werden.

Abg. Herr (So.) fortführend: Dem Antrag der Deutsch-nationalen könnten die Sozialdemokraten nicht zustimmen. Der Entschiedenheit der Deutschen Volkspartei werde die Sozialdemokratie zustimmen.

Abg. Horlacher (Bayer. Sp.) befürwortet den auch von den Deutschnationalen unterstützten Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Betrages für über 18 Jahre alte Kinder, die eine fremde Arbeitskraft ersetzen.

Staatssekretär Popitz bittet um Ablehnung des Antrags Horlacher. Eine solche Ausnahme sei undurchführbar und würde das ganze Steuerrecht umstellen.

Abg. Altes (Wirtsch. Ver.) weist auf die Notlage der vielen kleinen Landwirte und Gewerbetreibenden hin, die vielfach schlechter dastünden als die Gehalts- und Lohnempfänger. Eine steuerliche Erleichterung für die kinderreichen Familien sei dringend notwendig.

Abg. Lude (Wirtsch. Ver.) weist die Angriffe des kommunistischen Redners gegen die Hausbesitzer zurück.

Abg. Dr. Brünning (Str.) erkennt die Berechtigung der im Antrag Horlacher enthaltenen Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrags an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Der Antrag Horlacher wird dem Steuerausschuss überwiesen. Unter Ablehnung aller weiteren Änderungsanträge wird die Vorlage in der Fassung des Ausschusses angenommen. Danach bleiben bei der Lohnsteuer vom Arbeitslohn jährlich 1200 Mk. steuerfrei. Außerdem bleiben steuerfrei für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind je 10 Prozent des nach Abzug der 1200 Mark verbleibenden Arbeitslohnes, mindestens aber 120 Mk. für die Ehefrau, 120 Mk. für das erste Kind, 240 Mark für das zweite Kind, 480 Mk. für das dritte Kind, 720 Mk. für das vierte Kind, je 960 Mk. für das fünfte und jedes folgende Kind. Bei der veranlagten Einkommensteuer werden in ähnlicher Weise Abzüge gemacht.

Die Vorlage wird darauf auch in dritter Lesung angenommen und mit ihr die Entschließung der Abg. Frau Mah zugunsten der kinderreichen Familien.

Die dritte Lesung des Reichshaushaltplanes wird dann beim Ernährungsministerium fortgesetzt.

Württembergischer Landtag.

Die landlichen Holzpreise — Landessteuergesetz

Stuttgart, 16. Dez. Der Landtag will diese Woche sein Plenum für dieses Jahr vollends erledigen. In seiner ersten Sitzung dieser Woche beantwortete die Regierung eine kleine Anzahl demokratischer Abg. Dr. Raute, warum die Regierung bei dem Zuschlag von Holz aus Staatswaldungen so beharrlich an der Hochhaltung der Holzpreise festhalte. Die Regierung war nicht in der Lage, eine befriedigende Antwort auf diese Anträge zu geben und so bleibt der Vorwurf zu Recht bestehen, daß die Regierung Basisse nach außen hin eine Verbilligungsaktion anpreist und von der Wirtschaft ganz allgemein verlangt, daß sie aber selbst, wo sie Rohstoffe abzugeben hat, auf hohe Preise geht und sie durch Zurückstellung ihrer Ware zu erzwingen sucht. Man ging dann über zur zweiten Lesung des Landessteuergesetzes, über dessen Beratung im Ausschuss Abg. Bod. berichtete. Die Aussprache wurde von dem sozialdemokratischen Abg. Winkler eröffnet, der eine Reihe von im Ausschuss bereits abgelehnten Anträgen auch im Plenum wieder einbrachte. Es handelte sich in erster Linie um höhere Zuweisungen an die Ge-

meinden, um Verringerung der Schullastenvorteilung, der Gewerbesteuer, der Grundsteuer usw. Die lange Rede des Deutsch-nationalen Abg. Müller war in der Hauptsache Ablehnung und Polemik gegen den Abg. Winter und seine Anträge. In der Tat geben die Anträge Winklers, zumal jetzt mitten im Etatsjahr, von einer, wohl unbegründet optimistischen Beurteilung der Finanzlage Württembergs aus, wenn er einen Ueberstuf für das laufende Jahr von etwa 8—10 Millionen in Rechnung stellt. Der Abg. Roth von der Demokratischen Partei gab dieser Befürchtung auch Ausdruck und erklärte für seine Partei, daß sie Anträgen auf so unsicherer Grundlage nicht zustimmen könne. Den Finanzminister frante Abg. Roth, ob nicht eine Stundung der Gewerbesteuer in breitem Umfang möglich sei und weiß nachdrücklich auf den furchtbaren Ernst der wirtschaftlichen Lage hin, die zu überlegen gebe, wie lange die deutsche Wirtschaft diese Last von 12 Milliarden Steuern für Reich, Länder und Gemeinden überhaupt noch tragen könne. Die gesamte öffentliche Verwaltung soll sich in der Besiehung seiner Selbsttäuschung hängen. Aus diesem Grunde haben auch Handel und Industrie eine gewisse Mißsprache bei dem Gemeindehaushaltplan gewünscht, mindestens dann, wenn die selbstelegte Steuererente überschritten werden sollte. Die öffentlichen Verwaltungen in Reich, Staat und Gemeinden sollten sich vielmehr zusammenfinden in der Ueberzeugung, wie der allgemeine Steuerdruck gemildert werden könnte, statt sich in gegenseitigem Kampf die einander zu schaden der Steuerzahler. Der kommunistische Redner Abg. Schneck hielt seine Rede nach ganz alten Rezepten. „Diesem Staat keinen Mann und keinen Groschen“, wie dieser Staat trotzdem für Erwerbslosen sorgen, Beamte bezahlen, Schulen unterhalten soll ist diesem Grad geistiger Reife aleichhaltig. Demgegenüber tat die sachliche Rede des Abg. Rath (D. Sp.), die von tiefer Verantwortlichkeit erfüllt war, wohl. Der Abg. Rath beantragte, bei Arbeiterwohnemeinden für das Rechnungsjahr 1925 für jede volle 1 vom Hundert und für das Rechnungsjahr 1926 für je volle 2 vom Hundert und den Umlagegeschäftsführer hinausgehenden Gemeindefonds den Schlüsselanteil um 10 v. H. höchstens auf das Doppelte zu erhöhen. Abg. Regenthafer (Nat.-Soz.) sprach gegen die Anträge der Sozialdemokraten, auf andere Verteilung der Steuerüberweisung und erhöhte Zuweisung an den Unterstützungsfonds für bedürftige Gemeinden.

Bereinsfassung der württ. Staatsverwaltung

Stuttgart, 16. Dez. In der Beratung des bereits bekannt gewordenen Gesetzentwurfes zur Vereinfachung der Staatsverwaltung wird ausgeführt, daß die Zentralverwaltung des Landes der Vereinfachung bedarf. Unter den 5 Ministerien stehen eine Anzahl Landesmittelbehörden, deren kollegiale Organisation (Landeskollegium) nicht nötig ist, oder die zum Teil entbehrt werden können. Soweit sie beibehalten werden, sollen sie den Ministerien angegliedert, auch zur Ersparrung besonderer Ministerialabteilungsstellen mit der Berichterstattung im Ministerium beauftragt werden, soweit dies zweckmäßig ist; teilweise ist dies bisher schon der Fall. Die Bedürfnisse der Zeit erfordern freien Spielraum für die Verwaltung, weshalb die Wahl unter den verschiedenen Formen der Organisation nicht durch Gesetz, sondern durch Verordnung des Staatsministeriums getroffen werden soll. Im Bereich des Wirtschaftsministeriums ist daran gedacht, die Zentralstelle für die Landwirtschaft, das Landbesenwesen und das Gewerbe- und Handelsaufsichtswesen als selbständige Behörden aufzuheben und dem Wirtschaftsministerium einzuverleiben oder anzuschließen. Im Bereich des Kultusministeriums soll der Evangelische und der Katholische Oberlehrer beibehalten, ihre kollegiale Organisation dagegen aufgehoben werden; auch sollen sie die Berichterstattung im Kultusministerium übernehmen. Sie würden künftig Landesamt für die evangelischen bzw. katholischen Volksschulen heißen. Die beiden Ministerialabteilungen für die höheren Schulen und die Fachschulen sollen als selbständige Ämter aufgehoben und mit dem Kultusministerium vereinigt werden; die nähere Organisation bleibt vorbehalten. Soweit die Landesmittelstellen aufgehoben werden sollen, tritt eine wesentliche Verkürzung der Verwaltung nur ein, wenn man die Grundzüge über die Einstellung der Stellen in den Ministerien und die Ministerialzulagen auf die in das Ministerium übernommenen Beamten der Mittelstellen nicht überträgt. Da mit einer Reform dieser Grundzüge zu rechnen ist, so sollen sie bis dahin nicht angewendet werden. Die Landesmittelstellen sollen künftig in der Regel zur klaren Unterscheidung von den Abteilungen der Ministerien die Bezeichnung „Landesamt“ führen.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 17. Dezember 1925.

Forderung des Abbaus der Baustoffstelle beim Ministerium des Innern. Schon in dem Bericht über die wirtschaftliche Lage des Handwerks, der auch der württ. Regierung zugeht, vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1924 hat die Handwerkskammer Reutlingen darauf hingewiesen, daß für die Tätigkeit der Baustoffstelle ein wirtschaftliches Bedürfnis nicht mehr vorliege, weil die Sägewerke und die Bauhandwerker voll und ganz in der Lage seien, den Bedarf an Holz für den Wohnungsbau zu decken und nach Auffassung der Kammer Vorteile für den Bauenden bei der Zuweisung von Holz nicht mehr vorliegen. Deshalb sah sich die Kammer neuerdings wiederum veranlaßt, daß vom württ. Handwerkskammertag und der Arbeitsgemeinschaft des württ. Handwerks aus eine Eingabe der Regierung unterbreitet und gefordert wird, daß die Baustoffstelle zur Aufhebung gelangt.

Zur Durchführung des Grundschulgesetzes. Das Kultusministerium hat eine Verfügung getroffen, wonach zur Durchführung des Grundschulgesetzes die Aufhebung der privaten Vorschulen und Vorschulklassen, die zurzeit noch bestehen, entweder durch allmählichen Abbau oder durch Auflösung in einem Zuge erfolgen kann. Die sofortige Auflösung oder der sofortige Beginn des Abbaues wird nur durchgeführt, wenn sich hierdurch erhebliche wirtschaftliche Härten für Unterhaltungsträger oder Lehrer nicht ergeben. Mit dem allmählichen Abbau, d. h. dem Jahr für Jahr fortschreitenden Eingehen der Klassen ist spätestens mit Beginn des Schuljahres 1927-28 zu beginnen. Es dürfen demnach zu Ostern 1928 noch einmal Kinder in die für den 1. Schul-

jahrsjahrgang bestimmte Privatschule aufgenommen werden. Ein weiterer Aufschub des Beginns des allmählichen Abbaus oder die Hinausschiebung der völligen Auflösung in einem Zuge bis zum letztmöglichen Zeitpunkt, nämlich dem Beginn des Schuljahres 1929-30 ist nur ausnahmsweise mit Genehmigung des Ministeriums zulässig. Mit Ablauf des Schuljahres 1928-29 muß die völlige Aufhebung aller privaten Vorschulen und Vorschulklassen beendet sein. Schüler aus privaten Vorschulen dürfen in die Mittelschulen und höheren Schulen nach dreijähriger Grundschul-pflicht nur dann zugelassen werden, wenn sie als besonders leistungsfähig anerkannt sind.

Haushandlung und Behörden. Nach einem Beschluß des Staatsministeriums ist der Vertrieb von Büchern, die Werbung zum Abschluß von Versicherungen, die Sammlung von Geldern und ähnliches in Kanzleien und sonstigen Dienst-räumen verboten. Dagegen wird nichts eingewendet, wenn die Vorstände von Behörden Bücherbestelllisten in Umlauf bei den Beamten setzen lassen.

Gaugenwald, 14. Dez. Bei der Gemeinderatswahl haben 65 abgestimmt, nahezu 80 Prozent. Gewählt wurden: Gemeindepfleger Traub, seith. Gemeinderat mit 58 Stimmen; Jaf. Kentschler, seith. Gemeinderat, 43 St.; Jakob Schöttle, Bauer, 34 St.; Georg Kupps, 33 St. Weitere Stimmen erhielten Martin Kübler 28; Georg Großhans 20; Rüd. Walz 15; Holzäpfel 12. Die übrigen Stimmen zerplitterten sich.

§ Wildberg, 15. Dez. (Hauptversammlung der Darlehensassen.) Der Darlehensassenverband vom Bezirk Nagold tagte am Dienstag im Bären. Den zahlreich erschienenen Vertretern hielt Oberrevisor Stumm von Stuttgart einen Vortrag über Aufwertungsfrage und Diplomaltdwirt Teutschländer sprach über das Thema „Bauer in Not“. An beide Vorträge knüpfte sich eine lebhafte Aussprache. Geleitet wurde die Versammlung vom Ausschuß-leiter Dengler, Ebhausen, der in seinem Schlagwort den Wunsch aussprach, immer einig und tatbereit zu sein, daß die Darlehensassen das werden was sie sein sollen: Die Ortsbank und die Sparskasse.

Horb, 16. Dez. (Zum Konkurs der Rotzschild.) Im Konkurs der Firma Gebr. Rotzschild, Pferdehandlung hier, war am Montag vor dem Amtsgericht Prüfungstermin der angemeldeten Forderungen. Dabei ergab sich, daß die Ueber-schuldung über 203 000 Mark beträgt und daß für die un-beworrechtigten Gläubiger höchstens 11 Prozent herauskommen. Unter den Geschädigten sind außer auswärtigen Banken viele Landwirte, Handwerker und Gewerbetreibende. Es ist festgestellt, daß der flüchtige Inhaber der Firma Arthur Rotzschild Fälschungen in Höhe von über 60 000 Mark und sonstige strafbare Handlungen verübt hat. Vom Amtsger. ist Haftbefehl und Steckbrief gegen ihn erlassen.

Stuttgart, 16. Dez. (Finanzausschuss.) Der Finanzausschuss lehnte einen Antrag Regenthafer (WGL.) ab, daß die Abgabe von Brennholz an die Unterstützungsbedürftigen zu einem Preis erfolgt, der die Mindestpreise bei Holzwerksteigerungen in der betreffenden Gegend nicht überschreitet. Ein Erträgnis-antrag Scheff, welcher die Kinderreichen mit einschließen wollte, wurde ebenfalls abgelehnt, dagegen ein Antrag Dingler-Guelbauf auf Einbeziehung der alten Kriegsobertranten angenommen. Sodann beschäftigte sich der Ausschuss mit einem Antrag Pflüger (Soz.): 1. Zur Zahlung einer einmaligen Unter-stützung a) an die Erwerbslosen 350 000 Reichsmark; b) an die Sozialrentner 700 000 Reichsmark zu bewilligen; 2. Diese einmalige Unterstützung alsbald zur Auszahlung zu bringen. Von Seiten des Finanzministeriums und des Arbeitsministeriums wurden die Bedenken der Beschränktheit der finanziellen Mittel des Staates erhoben und außerdem auf die für die erwerbslosen kaufmännischen Angestellten zu erwartenden Reichs-mittel hingewiesen. Es wurde von Regierungsseite mitgeteilt, daß im August und September 1925 die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in Württemberg 8—700 betragen hätte, am 1. Dezember 7000 und in Baden 18 000—20 000. Heute sei die Zahl in Württemberg auf circa 9000 gestiegen. Bei der Abstimmung ergab sich die Annahme des Antrags Pflüger in Ziffer a) mit 8 Ja gegen 8 Enthaltungen und 1 Nein; dagegen wurde Ziffer b) mit 9 Enthaltungen gegen 6 Ja abgelehnt.

Heilbronn, 16. Dez. (Ein Protest der Handwerkskammer.) Die 43. Vollversammlung der heilbronn Handwerkskammer hat zur Lage der Wirtschaft und zur Frage des Preis-abbaus eingehend Stellung genommen und eine Entschlie-ßung gefaßt, in der die Bereitwilligkeit des Handwerks erklärt wird, seine Preise zu senken, sobald die Regierung mit dem guten Beispiel vorangeht und ihre Steuern und Gebüh-ren samt Sporteln herabsetzt, sowie die Kartelle der Rohstoffe und der Halbfabrikate zwingt, ihre Waren billiger an das Handwerk abzugeben. Die Kammer erhebt aber entschiedenen Protest gegen die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft mit allen ihren üblen Folgen und gegen die polizeiliche Durchführung der Aktion, nicht minder gegen die von den Preisprüfungsstellen beliebte Art des Vorgehens bei der Festsetzung der Preise.

Gmünd, 16. Dez. (Brand.) Gestern nacht brannte in der Savatorstraße ein Haus und Stallschuppen ab, wobei ein Pferd des Wieters Müller von Großdeinbach mitverbrannte.

Wellingingen, Oß. Rottweil, 16. Dez. (Die feindlichen Brüder.) Zwischen zwei Familienmitgliedern im Nachbarort Wellingingen, die schon längere Zeit wegen Erbschaftsdifferenzen in Unfrieden lebten, kam es nach reichlichem Alkohol-genuß zu einer Prügelei. Hierbei ergriff der eine der beiden Brüder das Messer und versetzte seinem Gegner einen Stich, der in die Lunge eindrang, sodas sofort ärztliche Hilfe an-gerufen werden mußte.

Ulm, 16. Dez. (Ein Abgehärteter.) Donaueschinger auch zur Winterzeit nimmt fast täglich ein in den 40er Jahren ste-hender Mann. Gestern vormittag konnte man ihn, im Schnee und Wasser sich wälzend und taumelnd, wieder an der Ziegelände sehen. Um von Reuegerien nicht zu sehr be-lästigt zu werden, wechselt er seine Badezeiten.



Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Eine Erklärung der Berliner medizinischen Fakultät. Anlässlich des Besuchs amerikanischer und Pariser Ärzte in Deutschland...

Wahrgelung Nitti. Wie die Blätter melden, soll der frühere italienische Ministerpräsident Nitti seiner Stellung als Universitätsprofessor entzogen werden.

Langwerth von Simmern in Paris. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Postkammer Freiherr Langwerth von Simmern hält sich in Paris auf.

Der „Böhmische Kurier“ stellt sein Erscheinen ein. Nach einer Mitteilung der „Augsburger Postzeitung“ stellt der „Böhmische Kurier“, das Organ Ludendorffs, sein Erscheinen aus finanziellen Schwierigkeiten zum Jahreschluss ein.

Eine Zuckerkarte abgebrannt. In der Nacht zum Mittwoch brach in der Zuckerraffinerie der Halberstadt ein Großfeuer aus, das die Fabrik bis auf ein Nebengebäude einäscherte.

Den Ehemann erschlagen. Nachts hat die Ehefrau des Bauers Becker in Kallerslautern ihren Ehemann erschlagen. Die Eheleute waren miteinander in Streit geraten.

Acht Arbeiter in einem Steinbruch getötet. Wie man aus München meldet, ereignete sich am Dienstag in einem Steinbruch bei Fürstenstein in der Nähe von Passau ein schweres Unglück.

Dollarsanleihe der bayerischen katholischen Kirche. Nach Informationen der Blätter fungiert der Vorsitzende des bayerischen Diözesanverbandes, der Erzbischof von Bamberg, als Repräsentant des bayerischen Vertragsteiles bei den Anleiheverhandlungen in Amerika.

An Kohlenoxydgas erstickt. Wegen der großen Kälte hatte in Elfen bei Rheine eine Familie einen eisernen Kochtopf mit glühenden Kohlen in das Wohnzimmer gestellt.

Großer Brand in einer Neuworther Molkereifabrik. 4 Frauen und ein Mann sind einem großen Brand zum Opfer gefallen, der in einer Molkereifabrik in dem dichtbevölkerten Neuworther Ort ausbrach.

Schweres Straßenbahnunglück. In Charlottweil ereignete sich ein schweres Straßenbahnunglück. Beim Herabfahren von einer Anhöhe verlor die Bremse eines Wagens, der gegen ein Haus rannte.

Erdbeben in Persien. Nach einer Blättermeldung aus Alahabad (Indien) ereignete sich am 11. und 12. Dezember in der Nähe von Shirwan in Chorasan (Persien) ein leichtes Erdbeben.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Prozess Bothmer vor der Berufungsinstanz.

Berlin, 16. Dez. Heute vormittag begann vor der Strafkammer des Landgerichts in Potsdam unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Hellwig die Berufungsverhandlung gegen die Gräfin Bothmer.

Handel und Verkehr.

Holz.

Ueber die Lage am württembergischen Holzmarkt: Allmählich scheint sich der Kampf hinsichtlich der Preise von Nadelstammholz zwischen Waldbesitz und Holzkäuferschaft auf das ganze süddeutsche Gebiet ausdehnen zu wollen.

Börsen.

Berliner Börse vom 16. Dez. Nach den sehr empfindlichen Rückgängen in den sogenannten amerikanischen Freigobemerten infolge des Silberhandels, den der vorgelegene Plan der Republikanischen Partei hervorgerufen hatte, war zwar heute eine gewisse Besserung zu verzeichnen.

Getreide.

Berliner Getreidebörse vom 16. Dez. Weizen markt. 245-250 vommt. 147-152; Sommergerste 190-210; Wintergerste 154-166; Hafer markt. 100-170; Roggenmehl 22.25-28; Roggenmehl 22-24.25; Weizenmehl 11.50; Roggenmehl 9.75-10.20; Haas 300-350; Sektortararben 20-22; Sojabohnen 22-24; Wintererbsen 19.50-20.50; Weizen 19 bis 12.

Märkte.

Karlsruher Schlachthaus vom 14. Dez. Zutrieb und Preise: 84 Cälber 45-58 A; 25 Bullen 45-54 A; 90 Rinde und Kühen 19 bis 28; 20 Rinder 30-70; 970 Schweine 30-94; Heide Qualiti über Holz beilieb. Marktverlauf: Bei Wrochwid mitternähts, Ueberhand, bei Rälbern und Schweinen lebhaft, geräumt.

Kottwiler Schlachthaus vom 15. Dez. Zutrieb: 12 Cälber, 12 Rinde, 9 Kühen, 9 Schweine und 8 Rälber. Preise: Cälber 305-420; Rinde 205-420; Rinder 300-420; Bullen 202; Schweine 85-88; Rälber 90-92 A.

Altensteig, 17. Dez. Dem gestrigen Viehmarkt waren zugetrrieben: 30 Paar Ochsen, Preis 11 bis 1500 pro Paar; 22 Stück Rinde, Preis 400 bis 600 A pro Stück; 9 Kalbinnen, Preis 500 bis 700 A pro Stück; 15 Stück Jungvieh, Preis 180 bis 300 A pro Stück.

Carl Weber u. Co., Holzgroßhandlung in Freudenstadt. Josef Brandl, Tuchschuhfabrik in Lauffen a. N. Geschäftsaussichten. Aug. Volk, Schreinermeister in Dunningen N.N. Kottweil.

Letzte Nachrichten.

Austausch der Ratifikationsurkunden des deutsch-schweizerischen Zollabkommens. Bern, 17. Dez. Zwischen dem Chef des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, Bundesrat Schulthess, und dem deutschen Gesandten in Bern sind die Ratifikationsurkunden bezgl. des am 6. November 1925 in Bern abgeschlossenen vorläufigen Zollabkommens zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reich ausgetauscht worden.

Die Debatte in der französischen Kammer über Elsass-Lothringen. Paris, 16. Dez. In der heutigen Sitzung der Kammer verlangte der in Metz gewählte französische Abgeordnete Louis Auffklärung über die Verabschiedung mehrerer Professoren an dem französischen Gymnasium in Metz, die infolge des Vorgehens der Liga für Menschenrechte erfolgt sei.

Paris, 17. Dez. Am Schluß der gestrigen Kammer Sitzung verlangte der elsässische Abgeordnete Frey die baldige Beratung seiner Interpellation über den Unterricht in der deutschen und französischen Sprache in Elsass-Lothringen.

Paris, 16. Dez. Senator Paul Doumer hat das ihm von Briand angebotene Finanzministerium angenommen. Briand hat den neuen Finanzminister dem Präsidenten der Republik um 7 Uhr abends vorgestellt.

Ueber die Feiertage bringt die Bierbrauerei Kob. Leicht in Baihingen a. F. einen ausgezeichneten Weihnachts-Bock zum Ausstoß. Bestellungen hierauf in Faß und Flaschen nimmt entgegen: Ernst Armbruster z. Schwanen, Altensteig. Max Hornberger z. Burg, Freudenstadt. Wilh. Rothfuß, Bierniederlage, Wildberg.

Altensteig. Käse-Abschlag! Feinst Allgäuer Stangenkäse 20 Proz. Fettgehalt 1/4, 1/2, 3/4 reif in Riffen von 30/50 Pfund à 65, 68, 70 bei 10 Pfund Abnahme je 5 Pfg. höher. Chr. Burghard jr. Zwei Jänserschweine hat zu verkaufen Wurster, Nischthalben. 500-1000 Mark werden von sol. Mann gegen gute Sicherheit anzunehmen gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes.

Altensteig. Schlittschuhe blank und vernickelt Davoserschlitten Kinderschlitten Eissporen empfiehlt Paul Beck. Mein gutsortiertes Lager in Bürstenwaren aller Art bringe ich hiemit in empfehlende Erinnerung. Lorenz Luz jr. Altensteig Tel. 46.

Altensteig, 16. Dezember 1925.

Todes-Anzeige.

Tiefbetrubt geben wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schwester, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Christine Beck

geb. Schuler

gestern Abend 6 Uhr im Alter von 65 Jahren nach schwerer Krankheit in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bittet im Namen der trauernden Hinterbliebenen

der Sohn: **Karl Beck** und Frau geb. Pfeifle.

Beerdigung am Freitag Nachmittag 2 Uhr auf dem alten Friedhof.

Forstamt Pfalzgrafenweiler.

Anschließend an den Stangenverkauf am Freitag, den 18. Dezember kommen aus Abt. Oberer Grasweg **6,85 Festm. Langholz zum Verkauf.**

W. Forstamt Hagold.**Nadelstammholz-Verkauf,**

aus Staatswald Bannhöhle Langh. 63 St. 12 Ta. mit Fm. 12 I, 32 II, 36 III, 4 IV. und 3 V. Kl. Schöpl. 3 St. 1 Ta. mit 3 Fm. II. Kl. in 6 Losen. Schriftliche Angebote in ganzen und zehntels Prozente der Landesgrundpreise von 1925 wollen bis Montag, den 21. Dezember 1925 nachm. 2 Uhr beim Forstamt eingereicht werden. Losverzeichnisse und Angebotsvordrucke von der Forstdirektion G. f. D. Stuttgart.

Verloren

ging gestern zwischen dem „Sternen“ und der oberen Stadt eine

Damen-Uhr.

Der redliche Finder wird um Abgabe derselben in der Geschäftsstelle des Blattes gebeten gegen eine Belohnung von 10 Mk.

Spielberg.**Wahlvorschlag**

Dem das Wohl unserer Gemeinde am Herzen liegt, der wähle Männer aufs Rathaus, die den Schnabel aufmachen, wenn es gilt, und keine Kopfhänger sind.

Darum verfäume keiner, gebt eure Stimmen:

Chr. Kienzle, Steinhauer, seith. G.R. Fritz Joos, Schreinermeister Matthäus Kalmbach, Schindelfabrikant Adam Knäufler, Landwirt

Sehr viele Wähler.

Spielberg.**Zur Smoideratswahl.**

Net alles g'hört en's Rathaus nei, Deswegen wählet de Richtige sei. Der Burgamoister Sidel der ghört gwiss na, Ond au' der Matthias Kalmbach ist a richtiger Ma' Der Knäufler, der Landwirt, mit dem ist was los, Des gilt au für de Schreiner, de Fritz Joos.

On hätte mer jekt beinoh vergeffa, Der au scho ist an der Spitze g'jessa, Dr Stoahauer Kienzle, i sag's a'rad raus Der g'hört vor alle Deng uffs Rathaus Der Ma' hot Humor ond isch all weil gradaus So wählt jekt ond lassjet au' d'Weiber net z'haus.

Wähler und Wählerinnen laßt euch nicht irre führen und wählet diese Männer.

Viele Wähler.

Für die morgige Nummer

unseres Blattes bestimmte größere Anzeigen bitten wir möglichst schon heute anzugeben.

Ein Paar

Läuferschweine

hat zu verkaufen
Rirn, Michalben.

Henßler Eisenwarenhandlung Altensteig

empfehl

als Weihnachtsgeschenke

Telefon 15

Haus- und Küchengeräte:**Aluminiumwaren.**

Kaffee-, Milch- und Teekannen
Kaffeervice
Milchträger
Löffelbleche
Tassen, Teller
Trinkbecher

Aufformen
Suppensüßeln
Essenträger
Schöpl- und Schaumlöffel
Kaffee- und Teesiebe
Buntformen
Haselnussringe etc. etc.

Holzwaren.

Gewürzschänke
Messerkasten
Salzgefäße
Handtuchhalter
Wellhölzer
Bügelhalter
Kleiderrechen

Servierbretter
Sanl, Seife, Soda, Garn.
Kraut- und Gemüsehobel
Löffelträger
Salatbestecke
Kleiderbügel
etc. etc.

Drahtwaren.

Kuchenunterlagen
Schneeschläger
Zeitungshalter

Kartoffelkörbchen
Deckelhalter
etc. etc.

Kochgeschirre.

Ringhfen
Runde und Gansbräter
Waffeleisen
in gußeisen, gußeimalliert, inoxidiert und Aluminium
Messing- und Stahlplannen

Fleischtöpfe
Omelettepfannen

Spielwaren:

Für Knaben:

Flugzeuge, freifliegend
Flugzeugbaukästen
Märklin-Metallbaukästen

Einzelne Werkzeuge : Ahorn- u. Sperrholz

Für Mädchen:

Küchenelrichtungen
Kochherde
Kaffee- und Tee-Service

Lackierwaren.

Ofenschirme
Ofenvorsetzer
Kohlen-, Holz- und Torfkasten
Kohlenfüller
Kaffee-, Zucker-, Kakao-, Teedosen, etc. etc.

Weißblechwaren.

Passiermaschinen
Springformen
Haselnussringe
Pflanzformen
Kaffeebrenner
Reibeisen
Bettflaschen, schwerste Ware, in verzinkt, Messing, Kupfer

Gebäckkasten
Zwiebelbehälter
Brotörbe
Brotkapseln
Küchendosen
Milchträger
Purrepressen
Kuchenbleche
Puddingformen
Kaffee- und Teeselher
Teigschüssel etc. etc.

Verzinkte Waren.

Wasserelmer
Kehrichtelmer
Kinderbadewannen
Volksbadewannen

Spülwannen
Waschwannen
Sitzbadewannen
etc. etc.

Haushaltungsmaschinen etc.

Butter-, Spätzle-, Reib-
Fleischhack-, Nudel-,
Messerputz-,
Waschwindmaschinen
Waschmengen
Waschbretter

Kohlen- und Stahl-
Bügeleisen
Uhren- und Tafelwagen
Blech-, Holz- und Wand-
Kaffeemöhlen
Spiritusgaskocher, etc.

Einkochapparate und Gläser.

Emaillewaren.

Kaffeekannen
Milchträger
Waschgarnituren
Löffelbleche
Schöpl- und Schaumlöffel etc. etc.

Eimer
Schüssel
Toiletteimer
Teigschüssel
etc. etc.

Bürstenwaren.

Putzbürsten u. Schrupper
Rohhaar-Kehrbesen
Fußbodenbohrer

Kokos-, Holländer-, Gitter-
Pflüsch-Fussmatten
Fußkratzeisen

Messerwaren etc.

Ess-, Dessert-, Tranchier-
bestecke
Aluminium-, Britannia-
Alpacca-Bestecke
Löffel und Gabeln
Obst-, Küchen-, Brot-,
Buttermesser

Fleisch-, abeln
Korkzieher
Büchsenöffner
Nußknacker
Haarbrennscheeren
Haarbrennlampen
etc. etc.

Sportartikel:

Davoser Schlitten

Sneeschuhe u. Zubehör

Schlittschuhe

Isolierflaschen

Touristenkocher

Trinkbecher

Feldflaschen

Butterbüchsen